

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Juni 1953

54/J

A n f r a g e

Dr. K o r e f
der Abg. P o p u l o r u m, E n g e, A p p e l, /und Genossen
an den Bundesminister für soziale Verwaltung,
betreffend Bundeszuschuß zur Erhaltung der öffentlichen Krankenhäuser.

-.-.-

Die Erhaltung von allgemeinen öffentlichen Krankenhäusern schließt überall mit bedeutenden Abgängen ab, da einerseits die Patienten ohne Rücksicht auf ihre Zahlungsfähigkeit genommen werden müssen und andererseits die außerordentlich hohen Gewinne der pharmazeutischen Industrie die Heilmittelkosten gegenüber der Vorkriegszeit unverhältnismäßig hoch gesteigert haben.

Für die Spitalerhalter war jedoch der an sich geringe Abgang vor 1938 noch dadurch erträglich gemacht, daß der Bund 3 Achtel, das Land 3 Achtel und die Gemeinde 2 Achtel davon trugen. Heute müssen jedoch mangels gesetzlicher Grundlage die Abgänge der allgemein^{en} öffentlichen Krankenhäuser allein vom spitalhaltenden Land oder der spitalhaltenden Gemeinde ohne jeden Bundeszuschuß getragen werden.

Dem Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung sind diese Zustände bekannt. Er selbst hat die Notwendigkeit ihrer Behebung erkannt und zugesagt, sich für eine Wiederherstellung des vor 1938 bestandenen Kostenschlüssels einzusetzen.

Trotz jahrelanger Verhandlungen ist aber die Lage noch immer unverändert.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung die nachstehende

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister für soziale Verwaltung bereit, dem Hohen Haus die Gründe bekanntzugeben, warum die Übernahme des Bundesanteils am Abgang der öffentlichen Krankenhäuser noch immer nicht zustandegekommen ist?

-.-.-.-.-